



# Länderanalyse Schweden

## Lagerwahlkampf in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit

**MATS ENGSTRÖM**  
September 2010

- Die Finanzkrise des Jahres 2008 hat Schwedens exportorientierte Wirtschaft hart getroffen: Das Bruttoinlandsprodukt fiel 2009 um mehr als fünf Prozent. Die Haushaltsdefizite erreichten jedoch nie einen so hohen Stand wie in anderen EU-Ländern und die Wirtschaft war seit den Reformen in den 1990er Jahren grundsätzlich stabil. Der Wiederaufschwung im Jahr 2010 mit einem BIP-Wachstum von drei Prozent und geringer Staatsverschuldung sorgte dafür, dass die Mitte-Rechts-Regierung in der Wählergunst wieder zulegte. Die hohe Verschuldung der Privathaushalte, insbesondere bei den Hypotheken, ist jedoch eine dunkle Wolke am Horizont.
- Im Gegensatz zur starken Wirtschaft ist die Arbeitslosenrate für schwedische Verhältnisse mit acht Prozent hoch. Junge Menschen haben große Probleme, sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren. Und die soziale Ausgrenzung nimmt auch aufgrund der sinkenden Sozialleistungen und Arbeitslosenunterstützung zu.
- Am 19. September 2010 finden in Schweden die Parlamentswahlen statt. Zu den wichtigsten Wahlkampfthemen gehören die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit, die Sozialleistungen, das Bildungswesen und die Umweltpolitik. Nach der Wahlniederlage von 2006 entschieden die Sozialdemokraten (Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti) unter der neuen Führung von Mona Sahlin, ein Bündnis mit den Grünen (Miljöpartiet de Gröna) und der Linkspartei (Vänsterpartiet) anzustreben. Das war ein historischer Wandel, denn die Sozialdemokraten hatten seit 1932 zumeist allein regiert. Die rot-rot-grüne Koalition lag in Meinungsumfragen einen Großteil der Legislaturperiode hindurch weit vorne, in den letzten Monaten haben die regierenden Mitte-Rechts-Parteien jedoch aufgeholt und führen laut aktuellen Umfragen. Die Anti-Zuwanderungspartei Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) könnten vielleicht das erste Mal ins Parlament einziehen.



## Inhalt

Schweden auf einen Blick in Zahlen .....	2
Innenpolitik im Zeichen der bevorstehenden Wahlen .....	2
Die Wahlen 2006 .....	2
Wahlen 2010 mit vertauschten Rollen.....	2
Wirtschaftliche Entwicklung .....	4
Arbeitsmarkt .....	6
Soziale Entwicklung.....	7
Andere Themen des Wahlkampfs.....	8
Außenpolitik zwischen nationalen Interessen & internationalem Engagement .....	10
Ausblick: Szenarien für die unmittelbare Zukunft.....	12



## Schweden auf einen Blick in Zahlen

### Wirtschaft und Arbeit

	2005	2006	2007	2008	2009	2010 (Prognose)
Reales BIP-Wachstum, %	3,2	4,3	3,3	-0,4	-5,1	4,0
Jährliche Inflationsrate, %	0,8	1,5	1,7	33	1,9	
Saldo des Staatshaushalts, in % des BIP		+2,4	+3,8	+2,5	-0,5	-2,1
Arbeitslosigkeit, %	7,6	7,1	6,2	6,1	8,3	9,2
Leistungsbilanzsaldo, in % des BIP	6,5	8,5	9,1	9,5	7,1	

(Daten entnommen aus: Eurostat 2010: Sweden. URL:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020;>

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/;](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/) Germany Trade & Invest 2010: Wirtschaftsdaten kompakt: Schweden. URL:

[http://ahk.de/fileadmin/user\\_upload/GTaL\\_11\\_2009/schweden.pdf\)](http://ahk.de/fileadmin/user_upload/GTaL_11_2009/schweden.pdf)

Gini-Koeffizient	Mitte 1980er	Mitte 1990er	Mitte 2000er
Schweden	-	0,25	0,23
Deutschland	0,26	0,27	0,30
USA	0,34	0,36	0,38

(Daten entnommen aus: OECD StatExtracts. Sweden. URL: <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=23108>)

Frauenanteil in Führungspositionen	32 % (2009)
Frauenanteil in der Regierung	47 % (2009)

(Daten entnommen aus: Human Development Report. URL: [http://hdr.undp.org/en/media/HDR\\_2009\\_EN\\_Complete.pdf](http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Complete.pdf))

### Demografie

	2005	2006	2007	2008	2009
Einwohnerzahl (Mio.)	9,04	9,11	9,18	9,25	9,34
Einwanderer	65.229	95.750	99.485	101.171	102.280
Auswanderer	38.118	44908	45.418	45.294	39.240
Anteil über 65-jähriger an der Gesamtbevölkerung	17,3%	17,3 %	17,5%	17,8%	18,1%
Anteil unter 17-jähriger an der Gesamtbevölkerung	21,4%	21,2%	21,0%	20,8%	20,6%

(Daten entnommen aus: Statistics Sweden 2010: Summary of population statistics 1960-2009. URL:

[http://www.scb.se/Pages/TableAndChart\\_\\_\\_\\_26041.aspx;](http://www.scb.se/Pages/TableAndChart____26041.aspx) [http://www.scb.se/Pages/TableAndChart\\_\\_\\_\\_26047.aspx](http://www.scb.se/Pages/TableAndChart____26047.aspx))

### Wahlstatistik

	Riksdag Wahl 2002	Europawahl 13 Juni 2004	Riksdag Wahl 2006	Europawahl 7 Juni 2009	Riksdag Wahl 2010 (Prognose*)
Wahlbeteiligung	80,1% (-1,3)	37,85%	81,99 % (+ 1,88 )	45,53% (+7,68)	/
Wahlberechtigte	6 722 152	6 827 870	6 892 009	7 088 303	/
<b>Name der Partei</b>					
The Moderate Party (M)	15,2%	18,25%	26,23%	18,83%	31,2% (-0.6)
The Centre Party (C)	6,1%	6,26%	7,88%	5,47%	5,6% (+0.2)
The Liberal Party (FP)	13,3%	9,86%	7,54%	13,58%	7,0% (-0.2)
Christian Democrats (KD)	9,1%	5,68%	6,59%	4,68%	5,6% (+1.0)
Social Democrats (S)	39,8%	24,56%	34,99%	24,41%	27,3% (-3.0)
Left Party (V)	8,3%	12,79%	5,85%	5,66%	7,7% (+2.5)
The Green Party (MP)	4,6%	5,96%	5,24%	11,02%	8.9 (0)
June List (JL)		14,47%		3,55%	
Sweden Democrats (SD)		1,13%		3,27%	5,2% (+0.5)
Andere	2,8%	1,05%	5,67%	0,18%	1,5% (-0.3)

(Daten entnommen aus: Valmyndigheten 2010: Previous Elections. URL: [http://www.val.se/in\\_english/previous\\_elections/2006/index.html](http://www.val.se/in_english/previous_elections/2006/index.html),

Statistics Sweden 2010: The Party Preference Survey. URL: [http://www.scb.se/Pages/TableAndChart\\_\\_\\_\\_27392.aspx](http://www.scb.se/Pages/TableAndChart____27392.aspx))

(\*Novus/TV4 poll results, 08.09.2010 (Veränderungen seit 24.08.2010 in Klammern, URL: <http://www.thelocal.se/28848/20100908/>)

## Innenpolitik im Zeichen der bevorstehenden Wahlen

In Schweden hatten die Sozialdemokraten viele Jahrzehnte lang eine einzigartige Position inne. Mit Ausnahme der Zeiträume von 1976 bis 1982 und von 1991 bis 1994 standen seit 1932 immer sozialdemokratische Ministerpräsidenten an der Regierungsspitze. Sehr häufig wurde dabei eine sozialdemokratische Minderheitsregierung von der Linkspartei unterstützt; in den 1950er Jahren gab es jedoch auch einmal eine Koalitionsregierung mit der Zentrumspartei (Centerpartiet), mit der es auch in den 1990er Jahren zu einer parlamentarischen Zusammenarbeit kam. Abgesehen von diesen beiden in der Geschichte einmaligen Situationen der Kooperation zwischen den Sozialdemokraten und der Zentrumspartei zeichnete sich die schwedische Politik stets durch zwei deutlich voneinander abgegrenzte politische Lager aus, wobei der Mitte-Rechts-Block fast immer in der Opposition war.

Als die Mitte-Rechts-Koalition 1976 schließlich die Regierung bilden konnte, war ihre Arbeit durch interne Streitereien beeinträchtigt, was eine Reihe politischer Krisen zur Folge hatte. Bei den Wahlen von 1982 war das öffentliche Vertrauen in die Regierungsfähigkeit der Mitte-Rechts-Parteien so gering, dass die Sozialdemokraten wieder mit Olof Palme als Ministerpräsidenten an die Macht zurückkamen. Als die Mitte-Rechts-Parteien zum zweiten Mal von 1991 bis 1994 an der Regierung waren, mussten sie unter der Führung von Carl Bildt eine schwere Wirtschaftskrise mit Schulden und Zinssätzen in Rekordhöhe bewältigen. Nach der Wahlniederlage von 1994 hatten die Mitte-Rechts-Parteien große Schwierigkeiten, eine wirkliche Herausforderung für die von Ingvar Carlsson und Göran Persson geführten sozialdemokratischen Regierungen zu sein. Beispielsweise kam der Vorschlag der Moderaten Partei (Moderata Samlingspartiet) von 2002, Steuersenkungen für Besserverdiener und gleichzeitig Einschnitte bei den Sozialleistungen einzuführen, in der Bevölkerung überhaupt nicht gut an und ermöglichte es den Sozialdemokraten, überzeugend vor einer Bedrohung für das schwedische Wohlfahrtsmodell zu warnen.

### Die Wahlen 2006

Im Vorfeld der Wahlen von 2006 entschieden sich die Mitte-Rechts-Parteien für einen Strategiewandel. Sie bildeten die »Allianz für Schweden« (Allians för Sveri-

ge), ein Wahlbündnis für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Moderaten, den Christdemokraten (Kristdemokraterna), den Liberalen (Folkpartiet) und der Zentrumspartei (Centerpartiet). Die Moderata Samlingspartiet (26,2 Prozent der Wählerstimmen im Jahr 2006) ist ursprünglich eine konservative Partei vom rechten Flügel, die in den letzten Jahrzehnten marktliberaler geworden ist. Ihre Stammwähler sind vor allem die Spitzenverdiener in den großen Städten. Die Liberalen (7,5 Prozent bei den Wahlen von 2006) werden traditionell von Lehrern und Beamten unterstützt. Die Christdemokraten (6,6 Prozent im Jahr 2006) sind kleiner als viele ihrer europäischen Schwesterparteien und sehr auf die Unterstützung seitens Anhänger der unabhängigen Kirchen angewiesen. Die in erster Linie von der Bauernschaft unterstützte Zentrumspartei (7,9 Prozent im Jahr 2006) spielte früher eine unabhängige Rolle in der schwedischen Politik und verbündete sich gelegentlich mit den Sozialdemokraten. In den letzten Jahren hat sie sich aber bemüht, ihr Image zu modernisieren und kleine und mittelständische Unternehmer in den Städten für sich zu gewinnen.

Durch eine Reihe politischer Vereinbarungen, insbesondere zur Wirtschaftspolitik, gewann die »Allianz für Schweden« das Wählervertrauen zur Regierungsbildung, das den Mitte-Rechts-Parteien so lange gefehlt hatte. Mit der Umbenennung seiner Partei in Nya Moderaterna (neue Moderate) widmete sich der neue Parteivorsitzende Fredrik Reinfeldt auch mehr als seine Vorgänger den Themen Arbeitsplätze und Sozialwesen. Auch mit Hilfe der Wähler, die genug von Göran Persson hatten, der zehn Jahre lang das Amt des Ministerpräsidenten innehatte, konnte Fredrik Reinfeldt die »Allianz für Schweden« im September 2006 zum Wahlsieg führen und eine Regierungskoalition aus vier Parteien bilden. Nun stellt sich die Frage, ob die Mitte-Rechts-Parteien die Macht wieder abgeben müssen oder ob Reinfeldt Ministerpräsident bleiben und behaupten kann, dass die lange sozialdemokratische Vorherrschaft in der schwedischen Politik vorbei sei.

### Wahlen 2010 mit vertauschten Rollen

Die Antwort hängt davon ab, wie gut die jetzige Opposition den Wählern ihre rot-rot-grüne Alternative präsentieren kann. In gewisser Weise sind die Rollen jetzt vertauscht.

Nach der Wahl Niederlage von 2006 standen die Sozialdemokraten (35 Prozent der Stimmen) vor einer schwierigen Entscheidung. Eine Möglichkeit bestand darin, wie in den vorangegangenen Jahren weiterhin eine Alleinregierung mit parlamentarischer Unterstützung von den Grünen (5,2 Prozent) und der Linkspartei (5,8 Prozent) anzustreben. Diese Option war allerdings problematisch, weil insbesondere die Grünen diese Art der Kooperation für die Zukunft ausschlossen und stattdessen eine Beteiligung an der Regierung forderten. Die zweite Möglichkeit war, ein Bündnis mit den beiden Parteien zu bilden, ähnlich dem, das die Mitte-Rechts-Parteien vor den Wahlen von 2006 geschlossen hatten.

Mona Sahlin, die neue Parteivorsitzende der Sozialdemokraten nach dem Rücktritt von Göran Persson, steuerte ihre Partei durch einen Prozess der Erneuerung und führte einen weniger autoritären Führungsstil als den ihres Vorgängers ein. In einem Land, das noch nie eine Ministerpräsidentin hatte, ist mit ihr erstmals eine Frau an der Parteispitze.

Nach der Wahl des neuen Parteivorstands mussten die Sozialdemokraten sich auf eine Strategie festlegen, mit der sie 2010 wieder an die Macht kommen können. Mona Sahlin entschied sich zunächst für ein Bündnis lediglich mit den Grünen und ließ die Linkspartei außen vor. Ein Grund für diese Entscheidung war, dass eine zukünftige Zusammenarbeit mit einer oder mehreren der Mitte-Rechts-Parteien erleichtert werden sollte, falls aus den Wahlen von 2010 unklare parlamentarische Mehrheiten hervorgehen würden. Ein weiterer Grund war das Gefühl in der Parteispitze der Sozialdemokraten, dass die Linkspartei noch nicht bereit war für die Übernahme von Regierungsverantwortung, beispielsweise im Zusammenhang mit der Außen- und Sicherheitspolitik. Auf einer Pressekonferenz im Oktober 2008 bezeichnete Mona Sahlin die Zusammenarbeit mit den Grünen als eine langfristige Bindung. Diese Kooperation wurde dadurch erleichtert, dass Mona Sahlin und ihre engsten Verbündeten sich einer ehrgeizigen Umweltpolitik verpflichteten und sich mehr für marktorientierte Wohlfahrtsmodelle aussprachen als andere in der sozialdemokratischen Partei.

Innerhalb weniger Wochen war Sahlin jedoch aufgrund heftiger Reaktionen in der Partei zum Umdenken gezwungen. Der linke Flügel der Partei und viele Gewerkschafter stehen der marktorientierten Politik der Grünen skeptisch gegenüber. Viele der Aktivisten, die 1981 die Partei der Grünen gründeten (sie zog 1988 erstmals ins

Parlament ein), hatten sich zuvor in lokalen Initiativen wie kleinen unabhängigen Schulen engagiert und die Konflikte mit dem Staat, was sie als alte und bürokratische, von den Sozialdemokraten verwaltete sozialstaatliche Strukturen erachteten. Im Gegensatz dazu tritt die Linkspartei, die 1990 ihr Etikett »kommunistisch« ablegte, nachdrücklich für öffentliche Schulen und Krankenhäuser ein, während die Sozialdemokraten im Hinblick auf marktwirtschaftliche Instrumente im Sozial- und Bildungswesen gespalten sind.

Der linke Parteiflügel der Sozialdemokraten wollte auch die Linkspartei in das rot-grüne Bündnis aufnehmen, damit die Waage eher in Richtung ihrer Interessen ausschlug. Schließlich wurde die Linkspartei in das Bündnis aufgenommen, nachdem sie sich zu strengen Haushaltsprinzipien verpflichtet hatte.

Seither haben die drei rot-grünen Parteien in den meisten Fragen Vereinbarungen erzielt, darunter auch in den Bereichen Wirtschaft, Schul- und Gesundheitswesen. Es herrscht aber nach wie vor Uneinigkeit in einigen Grundsatzfragen, beispielsweise zur Rolle von Privatunternehmen im Bildungswesen, die von den Grünen akzeptiert, von der Linkspartei aber sehr kritisch gesehen wird. Sowohl Gewerkschafter als auch viele Sozialdemokraten stehen den Ansichten der Grünen zum Arbeitsrecht skeptisch gegenüber, nachdem die Grünen zuvor mit den Mitte-Rechts-Parteien Kompromisse geschlossen hatten, mit denen die Gesetzgebung zur Beschäftigungssicherung ausgehöhlt wurde. In all diesen Fragen wurden jedoch mittlerweile Kompromisse gefunden. Die Mitte-Rechts-Parteien konzentrieren ihre Angriffe jetzt auf unterschiedliche Einstellungen der rot-grünen Parteien zur Außenpolitik und zur Europäischen Union (siehe unten).

Anfangs sahen die Prognosen für das rot-rot-grüne Bündnis gut aus: Bei den Wahlumfragen lag es mit zehn bis 15 Prozent in Führung. Die harten Maßnahmen der Mitte-Rechts-Regierung bei den Sozialleistungen warfen diese in der Wählergunst zunächst weit zurück. Mit dem Näherrücken der Wahlen vom 19. September 2010 stieg jedoch die Unterstützung für Reinfeldts Regierung kontinuierlich an: Aktuelle Umfragen zufolge liegen die Mitte-Rechts-Parteien mittlerweile vorn, während Mona Sahlin mit niedrigen Popularitätsraten zu kämpfen hat.

Dieser Wiederanstieg der Unterstützung für die Mitte-Rechts-Allianz ist vor allem auf die starke Anhänger-

schaft der Moderaten Partei zurückzuführen, der dominierenden Kraft in der Regierung mit Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, Finanzminister Anders Borg und Außenminister Carl Bildt. Für die kleineren Parteien in der Regierung wird es schwierig werden. Zwei von ihnen, die Christdemokraten und die Zentrumspartei, bewegen sich Meinungsumfragen zufolge gefährlich dicht an der Vierprozenthürde, die für den Einzug ins Parlament überwunden werden muss.

Aus den Umfragen ist auch eine zunehmende Unterstützung für die Anti-Einwanderungs-Partei der Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) abzulesen. In Schweden schaffte, seit sich die Partei Neue Demokratie (Ny Demokrati) nach einem spektakulären Erfolg bei den Wahlen von 1991 schnell wieder auflöste, keine rechtspopulistische Partei mehr den Einzug ins Parlament.

Die Wahlbeteiligung ist in Schweden traditionell hoch; bei den Wahlen von 2006 lag sie bei 82 Prozent. Eine hohe Wahlbeteiligung gilt häufig als günstig für die Sozialdemokraten. Doch es gibt auch Stimmen, die behaupten, dass einige Stammwählergruppen, wie beispielsweise männliche Fabrikarbeiter, aufgrund schlechter Mobilisierung dieses Mal nicht so zahlreich zur Wahl gehen werden. Schwedische Wähler sind traditionell sehr treue Parteianhänger, aber dieses Bild hat sich bei den letzten Parlamentswahlen mit wesentlich mehr Wechselwählern und einer beträchtlichen Zahl an Wählern, die sich erst in den letzten Wochen vor der Wahl entschieden, etwas verschoben.

## Wirtschaftliche Entwicklung

Schweden hat eine exportorientierte Wirtschaft, die auf Naturressourcen wie Holz, Wasserkraft und Mineralerzen beruht. Der Erfolg von herstellenden Betrieben auf den Weltmärkten ging und geht einher mit einem gut entwickelten Wohlfahrtsstaat. Eine ausgebildete Arbeiterschaft und eine große Stabilität auf dem Arbeitsmarkt, auf dem die Löhne zwischen gut organisierten Gewerkschaften und wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen ausgehandelt werden, erleichterte die Entwicklung von hochtechnisierten Produktionsprozessen.

Nach dem zweiten Weltkrieg war das Wirtschaftswachstum sehr hoch. Als neutrales Land musste Schweden seine Infrastruktur nicht neu aufbauen und seine Exportindustrie profitierte von diesem Wettbe-

werbsvorteil. Dieses Wachstum setzte sich in den 1960er und 1970er Jahren fort, weshalb sich der öffentliche Sektor beträchtlich ausweiten konnte. In den frühen 1990er Jahren wurde Schweden jedoch von einer Wirtschaftskrise heimgesucht, die von geplatzten Finanzblasen insbesondere im Wohnungsbau verursacht worden war. Es gingen einige Jahre mit größtenteils von Göran Persson aufgelegten strengen Sparpaketen ins Land, bevor sich die Wirtschaft erholte. In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts kam es dann erneut zu einem starken Wirtschaftswachstum.

Die neue Mitte-Rechts-Regierung erbte 2006 eine gesunde Volkswirtschaft. Das BIP-Wachstum kletterte in jenem Jahr von drei Prozent im Jahr 2005 auf über vier Prozent. Fredrik Reinfeldts Regierung begann mit Steuerensenkungen sowie Einschnitten bei den Sozialleistungen und Arbeitslosenprogrammen. Der Steuersatz sank von 48,8 Prozent des BIP im Jahr 2006 auf 47,2 Prozent im Jahr 2009 und wird 2010 voraussichtlich auf nahezu 46 Prozent weitersinken. Die Sozialdemokraten haben viele dieser Steuerkürzungen mit dem Hinweis kritisiert, dass sie in erster Linie den Besserverdienern zugute kommen. Die Regierung rechtfertigt die Steuerensenkungen unter anderem damit, dass dadurch die private Kaufkraft erhöht worden sei. Die Rentner sind allerdings ziemlich unzufrieden, weil ihnen nicht die gleichen Steuerensenkungen gewährt wurden wie den Erwerbstätigen. Die Sozialdemokraten haben diese Beschwerden schnell aufgegriffen und versprochen, »die ungerechten Steuern für die Rentner« abzuschaffen.

Die wirtschaftlichen Aussichten waren vielversprechend, als Anders Borg 2006 das Amt des Finanzministers antrat, auch wenn es auf der anderen Seite der Ostsee bereits einige dunkle Wolken gab. Die schwedischen Banken kontrollieren große Teile des Finanzsektors in den baltischen Staaten und hatten dort mit Kreditvergaben, die viele Beobachter für unverantwortlich hielten, zur Überhitzung der Konjunktur beigetragen. Lettlands Wirtschaftskrise von 2008 war auch eine Bedrohung für die Liquidität der großen schwedischen Banken und eine Abwertung des Lats hätte zu ernsthaften Problemen geführt. Die schwedische Regierung war maßgeblich daran beteiligt, ein IWF-Rettungspaket für Lettland zu sichern, und Finanzminister Andreas Borg war ein entschiedener Befürworter der Bemühungen der lettischen Regierung, durch tiefe Einschnitte im Sozialwesen eine Währungsabwertung zu vermeiden.

Die anschließende globale Finanzkrise traf Schweden genauso hart wie andere Länder. Das BIP-Wachstum stagnierte 2008 und sank 2009 um mehr als fünf Prozent. Die schwedische Wirtschaft ist sehr von exportorientierten Unternehmen abhängig, auf die sich die weltweite Krise nachhaltig auswirkte. Die Arbeitslosigkeit nahm schnell zu.

Die Staatsfinanzen waren 2010 jedoch in Ordnung: Trotz der Krise betrug das Haushaltsdefizit lediglich etwas über zwei Prozent, wodurch Schweden zu den wenigen EU-Ländern gehörte, die nicht wegen zu hoher Haushaltsverschuldung in die Schusslinie der Europäischen Kommission gerieten. Die Staatsverschuldung lag Ende 2009 bei 38 Prozent, eine ebenfalls niedrige Zahl im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern. Schweden hat einen großen Leistungsbilanzüberschuss. Im Gegensatz dazu ist die Arbeitslosenrate mit über acht Prozent für schwedische Verhältnisse sehr hoch.

Im Jahr 2010 gibt es die ersten Anzeichen für einen Wirtschaftsaufschwung. Der Finanzminister sagte ein BIP-Wachstum von drei Prozent voraus. Die Regierung warnt jedoch immer noch davor, dass weitere Finanzprobleme in anderen Ländern auch Schweden Probleme bereiten könnten. Außerdem warnt die Zentralbank (Riksbanken) vor zu hoher Verschuldung der Privathaushalte, insbesondere bei den Hypotheken. Die Arbeitslosigkeit wird hoch bleiben, zum Teil auch aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums.

Schwedens Währung, die Krone, hat sich in der Finanzkrise ziemlich gut gehalten. Im Volksentscheid von 2003 hatte eine klare Mehrheit der Schweden für die Beibehaltung der Landeswährung gestimmt. Während der gegenwärtigen Krise in einigen Euroländern sank in Schweden die Unterstützung für den Euro noch mehr. Die rot-grünen Parteien sind in Bezug auf den Euro unterschiedlicher Meinung, haben sich aber dazu verpflichtet, vor 2014 keinen neuen Volksentscheid zu dieser Frage durchzuführen. Die Mitte-Rechts-Allianz hat keine entsprechende Aussage gemacht; hier treten die Liberalen für einen schnellstmöglichen Wechsel zum Euro ein. Aber auch bei den Sozialdemokraten gibt es einige unabhängige Stimmen, die davor warnen, dass Schweden an Einfluss verlieren könnte, wenn es nicht zur Eurogruppe gehört.

Erwähnenswert ist auch, dass sich alle politischen Parteien einig sind, strenge Haushaltsgesetze einzuhalten, mit denen die Defizite eingeschränkt werden. Schwe-

den erfüllt seit langem die meisten Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU.

Ein anderer Teil der Regierungspolitik war der Verkauf von staatseigenen Betrieben, was häufig von den Sozialdemokraten kritisiert wurde. Die Mitte-Rechts-Regierung will diese Verkaufspolitik bis 2014 fortsetzen, wenn sie wieder gewählt wird. Finanzminister Anders Borg äußerte kürzlich, dass die Verkaufserlöse sich in den nächsten vier Jahren auf 100 Mrd. Kronen (10,6 Mrd. Euro) belaufen könnten. Ganz oben auf der Liste stehen der Verkauf von Anteilen an der Nordea-Bank und der Telefongesellschaft Telia. Den Mitte-Rechts-Parteien zufolge ist Vattenfall, das gegenwärtig noch zu 100 Prozent im Staatsbesitz ist, ein weiterer Kandidat für eine Teilprivatisierung.

Die Autoindustrie geriet in der Krise in große Schwierigkeiten. Saab und Volvo hatten amerikanische Besitzer, die bei der Umstrukturierung ihrer Unternehmen bestrebt waren, die schwedischen Automarken abzustößen. Abgesehen von einem 400-Millionen-Euro-Programm zur Förderung von Innovationen widerstand die Regierung den Forderungen nach staatlicher Intervention zur Rettung der Autoproduktion in Schweden. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaften forderten hier eine aktivere Regierungspolitik. Saab wurde schließlich an den holländischen Autohersteller Spyker und Volvo an das chinesische Unternehmen Geely verkauft. Das Ausbleiben staatlicher Eingriffe in die Autoindustrie steht im Gegensatz zur starken Unterstützung der schwedischen Banken durch das Finanzministerium.

Die Wirtschaft spielt im Wahlkampf eine maßgebliche Rolle. Die Sozialdemokraten behaupteten, die Regierung habe unverantwortlich gehandelt, als sie »die Steuern für geliehenes Geld« senkten, und dass die im Vergleich zu anderen Ländern relativ niedrigen Defizite in erster Linie auf die verantwortungsbewusste Haushaltspolitik der früheren Regierungen zurückzuführen sei. Die Mitte-Rechts-Parteien argumentieren dagegen, die schwedische Regierung habe besser auf die Wirtschaftskrise reagiert als viele andere EU-Mitgliedstaaten. Von Anhängern der Mitte-Rechts-Regierung wird Mona Sahlin noch immer damit attackiert, dass sie in den 1990er Jahren ihre eigenen Geldangelegenheiten nicht im Griff gehabt habe (weil sie in der sogenannten Toblerone-Affäre mehrere Privateinkäufe mit der Kreditkarte der Regierung getätigt hatte) und daher nicht fähig sei, die Finanzen des Landes zu verwalten. Solchen Behauptungen treten die Sozialdemokraten zwar

vehement entgegen, aber sie könnten dennoch Einfluss auf die öffentliche Meinung haben. Den letzten Umfragen zufolge scheint es den Mitte-Rechts-Parteien doch noch gelungen zu sein, den dunklen Schatten aus ihrer Regierungszeit in den Jahren 1991 bis 1994 zu entkommen, als die Wirtschaft zusammenbrach.

## Arbeitsmarkt

Ein Grund für das Wahlergebnis von 2006 war der Vertrauensverlust in die Fähigkeit der sozialdemokratischen Regierung, einen hohen Beschäftigungsstand zu fördern. Früher waren Arbeitsplätze immer ein Thema, bei dem sich die Wähler eher auf die Sozialdemokraten verließen, aber vor den Wahlen von 2006 spielte Ministerpräsident Göran Persson das Thema herunter (obwohl die Arbeitslosenrate nach der Definition von Eurostat bei sechs Prozent lag, was für ein Land wie Schweden schon hoch war). Die Konservativen griffen das Thema Arbeitsplätze dagegen als Wahlkampfthema auf und versprachen, die Zahl der Menschen außerhalb des Arbeitsmarktes zu reduzieren. Ein Großteil der Wahlkampfdebatten im Jahr 2006 drehte sich um diese »ausgeschlossenen« Menschen, von denen viele von Krankengeld lebten. Im Wahlkampf von 2010 diskutiert das Mitte-Rechts-Bündnis nur ungern über dieses Thema, da die Zahl der Arbeitslosen während ihrer Regierungszeit noch zugenommen hat. Nach den Wahlen von 2006 erklärten sowohl die Sozialdemokraten als auch die Konservativen, dass das Thema Arbeitsplätze für das Wahlergebnis ausschlaggebend gewesen sei.

Als die »Allianz für Schweden« an die Macht kam, unternahm sie große Anstrengungen, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen, wobei sie sich hauptsächlich auf Modelle stützte, die der Finanzminister Anders Borg entwickelte. Die Einkommenssteuer wurde gesenkt und gleichzeitig die Leistungen für Arbeitslose und Kranke erheblich gekürzt, um größere wirtschaftliche Anreize zu schaffen, eine Arbeit aufzunehmen. Die früheren Programme für Arbeitslose, deren Schwerpunkt auf lebenslanger Weiterbildung lag, wurden eingeschränkt. Für Menschen mit einem kurzen Ausbildungsgang wurde es schwieriger, sich weiterzubilden und die eigenen Kompetenzen zu erhöhen.

Mit der Finanzkrise änderte sich die Situation dramatisch. Das Arbeitskräfteangebot war nicht mehr länger die Schlüsselfrage, da viele Stellen abgebaut wurden. Die Opposition warf Finanzminister Anders Borg vor,

weiter an seinen theoretischen Modellen festzuhalten, obwohl die Arbeitslosenrate schnell anstieg. Nach einiger Verzögerung musste die Regierung ihren Ansatz ändern und versuchen, die Programme für lebenslange Weiterbildung wieder aufzubauen. Zu spät, sagten die rot-grünen Parteien und schlugen umfangreichere Bildungsprogramme sowie massive Investitionen in grüne Infrastrukturen wie erneuerbare Energien und Hochgeschwindigkeitszüge vor.

Mit einer Arbeitslosenrate von über acht Prozent und einer noch sehr viel höheren bei den Jugendlichen ist diese eine der wichtigsten Themen des Wahlkampfes von 2010. Neben dem Stellenabbau in großen Exportunternehmen gingen auch im Dienstleistungssektor viele Arbeitsplätze verloren, wovon vor allem junge Leute und Immigranten betroffen waren. Im Stadtzentrum von Stockholm ist die Arbeitslosigkeit jedoch ziemlich niedrig und für die dort ansässigen Medien und die dort lebende Kulturelite weniger sichtbar.

Eine Schlüsselfrage ist, ob die »Massenarbeitslosigkeit« fortbestehen wird, auch wenn sich die Wirtschaft erholt. Die Regierung prognostizierte trotz des relativ starken BIP-Wachstums eine Arbeitslosenrate von über acht Prozent bis 2012. Außerdem sind viele Immigranten nicht im Arbeitsmarkt integriert, ohne arbeitslos gemeldet zu sein. Die schwedische Bevölkerung wächst schnell, zum Teil aufgrund der hohen Zuwanderungsraten. Gleichzeitig verlassen viele Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. Eine moderne Arbeitsmarktpolitik für Vollbeschäftigung ist hier die größte Herausforderung für die Sozialdemokraten, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt wiedergewinnen wollen. Den letzten Umfragen zufolge war hier das Vertrauen der Wähler in die Regierungspartei größer; ein Rückschlag für Mona Sahlin.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben sich aufgrund politischer Entscheidungen verändert. Die Mitte-Rechts-Mehrheit hat die Arbeitslosenunterstützung gekürzt und die Absetzbarkeit der Mitglieds- und Arbeitslosenkassenbeiträge in Gewerkschaften gestrichen. Infolgedessen gingen die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften zurück und eine halbe Millionen Menschen verließen das von den Gewerkschaften organisierte freiwillige System der Arbeitslosenkassen. In Schweden gibt es keine obligatorische Arbeitslosenversicherung.



Die Gewerkschaften hatten auch unter Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, insbesondere beim Laval-Fall, zu leiden. Bei diesem Fall ging es um eine von der Gewerkschaft gegen ein in Schweden tätiges lettisches Bauunternehmen organisierte Blockade, die vom Gerichtshof als Verstoß gegen die EU-Gesetzgebung zu freiem Dienstleistungsverkehr erachtet wurde. Trotz lautstarker Forderungen von Seiten der Gewerkschaften und rot-grüner Parteien weigerte sich die Regierung, im EU-Ministerrat für eine Änderung dieser Gesetzgebung einzutreten. Ministerpräsident Reinfeldt wollte sich nicht einmal mit der Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes Wanja Lundby-Wedin treffen, um das Thema zu diskutieren. Dies schien im Widerspruch zur Rhetorik der »Neuen Moderaten« über die Bedeutung von Gewerkschaften und Tarifverhandlungen zu stehen.

Die Arbeitergewerkschaften haben die Sozialdemokraten schon immer unterstützt und tun dies auch im Wahlkampf 2010. Ein Versprechen der rot-grünen Parteien ist die Wiedereinführung der für die Gewerkschaften wichtigen Gesetze und sozialen Sicherungssysteme wie Arbeitslosenunterstützung, Maßnahmen zum Arbeitsschutz sowie eine aktive EU-Politik, um zukünftige Fälle wie Laval zu verhindern und sich für ein soziales Europa stark zu machen.

Schweden ist nach wie vor ein Land mit starken Sozialpartnern, einschließlich gut organisierter Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Aber strukturelle Faktoren wie mehr vorübergehende Beschäftigungsverhältnisse sind eine Herausforderung für Gewerkschaften. Vier weitere Jahre unter einer Mitte-Rechts-Regierung könnten nachhaltig negative Auswirkungen auf die Gewerkschaften haben.

## Soziale Entwicklung

Der Machtwechsel von 2006 in der zentralen Regierung und in vielen Kommunen und Regionen ging auch mit größeren Veränderungen in der Sozialpolitik einher.

Ein Eckpunkt der Regierungsstrategie war die Kürzung des Krankengelds. Mit der neuen Gesetzgebung wurde die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 180 Tage limitiert. Nach diesem Zeitraum müssen die Menschen unter strengeren Bedingungen eine Weiterzahlung des Krankengelds beantragen oder sich arbeitslos melden, was niedrigere Zahlungen zur Folge hat. Die Bedingun-

gen für eine Weiterzahlung des Krankengelds wurden weithin als zu hart kritisiert, weil Menschen mit Krebserkrankungen gezwungen wurden, sich Arbeit zu suchen. Nach viel Protest in der Öffentlichkeit wurden die Bedingungen etwas gemildert, aber es gibt immer noch Fälle, in denen Menschen gezwungen werden, sich Arbeit zu suchen, obwohl sie ernsthaft erkrankt oder schon fast im Rentenalter sind. Weitere Veränderungen am System des Krankengelds sind eine Absenkung des Höchstbetrags sowie regelmäßige Untersuchungen.

In Folge der strengeren Politik sowie früheren Veränderungen am System ist die Zahl der Krankheitstage mit Lohnfortzahlung drastisch gesunken, aber der Preis, den die Menschen dafür zu zahlen haben, ist hoch. Dies ist ein Schlüsselthema im diesjährigen Wahlkampf.

Die Reduzierung der Sozialleistungen und Arbeitslosenunterstützung ist nach Ansicht der rot-grünen Parteien der Hauptgrund für den rapiden Anstieg bei den Sozialhilfeempfängern. Es wird erwartet, dass die seit 2007 steigenden Zahlen bis 2012 weiter enorm ansteigen werden.

Das schwedische politische System zeichnet sich durch eine starke Rolle der Kommunen (kommuner) und Regionen (landsting) aus. Die auf lokaler Ebene direkt gewählten Politiker haben einen großen Einfluss auf das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen sowie viele andere Bereiche. Sie haben zudem die Macht, Entscheidungen über die Verwendung der beträchtlichen Steuereinnahmen auf lokaler Ebene zu fällen, mit denen große Teile des Sozialwesens finanziert werden. Dies ist ein Grund für die Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen Schwedens in Bezug auf die Qualität des Wohlfahrtssystems. Insbesondere in Stockholm hat die Mitte-Rechts-Allianz nach dem Gewinn der Wahlen von 2006 weitreichende Reformen im Gesundheitswesen eingeführt, mit denen Privatunternehmen als Anbieter von öffentlich finanzierten Gesundheitsdienstleistungen gefördert wurden (»Patientenwahl Stockholm«). Die Mitte-Links-Parteien haben die Einführung dieser Veränderungen mit der Begründung angegriffen, dass ärmere Gegenden benachteiligt würden und dass zunächst der Bedarf an der Einrichtung neuer privater Gesundheitszentren festgestellt werden sollte, bevor Steuergelder dafür ausgegeben würden (sie haben aber nicht das Konzept an sich in Frage gestellt). Dennoch zwingt die zentrale Mitte-Rechts-Regierung jetzt alle Landesteile Schwedens, ähnliche Systeme einzuführen.

In den vier Jahren der Mitte-Rechts-Regierung wurden die Steuern um mehr als 100 Mrd. Kronen (10,6 Mrd. Euro) ermäßigt. Zusätzlich wurden in vielen Gemeinden die Gemeindesteuern gesenkt. Davon haben Leute mit hohem Einkommen am meisten profitiert. Im internationalen Vergleich hat Schweden immer noch einen hohen Steuersatz, aber aufgrund der beträchtlichen Steuer-senkungen fließen nun viel weniger Mittel in das Sozialwesen. Dieses Szenario hatten die Sozialdemokraten vor den Wahlen 2006 in düsteren Farben an die Wand gemalt, doch in der Opposition akzeptierten sie die meisten Steuersenkungen. Das rot-grüne Bündnis schlägt nun Steuererhöhungen für Besserverdiener und Menschen mit teuren Immobilien sowie höhere Öko-steuern und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer vor, aber die Differenz der Steuereinnahmen würde weniger als 20 Mrd. Kronen (2,12 Mrd. Euro) betragen. Ein Teil dieser Steuereinnahmen würde für höhere Arbeitslosenunterstützung und ähnliche Maßnahmen ausgegeben, weshalb nur 12 Mrd. Kronen (knapp 1,27 Mrd. Euro) für konkrete Qualitätsverbesserungen im Sozialwesen übrig blieben. Dies könnte es für die rot-grünen Parteien erschweren, die Wahlen mit dem traditionellen Versprechen von einem besseren Sozialsystem statt Steuersenkungen zu gewinnen. Außerdem brüsten sich die Konservativen mit der Sicherstellung der wichtigsten Sozialleistungen in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise, und Fredrik Reinfeldt verspricht weitere Steuersenkungen, wenn und falls die Wirtschaft stark genug ist.

## Andere Themen des Wahlkampfes

Der Abschluss eines **Klimaschutzabkommens** in Kopenhagen war eines der Hauptziele der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft 2009, aber nach dem Scheitern der Klimakonferenz im Dezember 2009 rutschte dieses Thema auf der Tagsordnung der Regierung nach unten. Vor den Wahlen von 2006 ließ Fredrik Reinfeldt kein großes Interesse an Umweltpolitik erkennen, und nach der EU-Ratspräsidentschaft sprach der Ministerpräsident selten über den Klimawandel oder andere Umweltthemen. Aber die für das Umweltministerium zuständige Zentrumspartei hat sich schon immer sehr für eine ambitionierte Umweltpolitik eingesetzt. Für diese Regierung war der Schutz der Ostsee eine Hauptpriorität neben dem Klimawandel. Aber sowohl die rot-grünen Parteien als auch nichtstaatliche Umweltorganisationen kritisieren die gegenwärtige Politik der Zentrumspartei dafür, dass sie zu sehr auf Forst- und Landwirtschafts-

unternehmen hört und beispielsweise die Umweltsteuer auf Düngemittel abgeschafft hat – eine Entscheidung, die sehr zur weiteren Verschmutzung der Ostsee beiträgt. Im Gegensatz dazu haben die rot-grünen Parteien eine Reihe von umweltpolitischen Veränderungen vorgeschlagen, darunter ehrgeizigere Maßnahmen gegen den Kohlendioxidausstoß und andere umweltgefährdende Stoffe. Insbesondere versuchen natürlich die Grünen, Umwelt- und Klimaschutz zu einem Hauptthema des Wahlkampfes zu machen, aber es ist noch unklar, wie sehr dies die Wähler beeinflussen wird.

Ein weiteres kontroverses Thema ist die **Energiepolitik**. Der Streit um die Atomkraft dauert schon fast 40 Jahre an. Als Maud Olofsson, Vorsitzende der Zentrumspartei, sich 2009 mit den anderen Mitte-Rechts-Parteien auf den Bau neuer Kernreaktoren einigte, erntete sie harsche Kritik innerhalb ihrer traditionellerweise gegen Atomkraft eingestellten Partei. Maud Olofsson rechtfertigte sich damit, dass dieser Kompromiss auch höhere Zuwendungen für erneuerbare Energien beinhalte. Die Vereinbarung der rot-grünen Parteien zur Energiepolitik sieht vor, dass zwar keine neuen Reaktoren gebaut werden, dass aber die vorhandenen Reaktoren noch eine ganze Weile am Netz bleiben. Daneben behaupten die rot-grünen Parteien, dass ihre Investitionsprogramme für erneuerbare Energien und höhere Effizienz ambitionierter seien als die jetzige Regierungspolitik.

Die Rolle des staatlichen Konzerns Vattenfall war besonders umstritten. Dem Unternehmen wurde vorgeworfen, Atomsicherheit und Klimafragen nicht ernst genug zu nehmen. Investitionen in Kohlekraftwerke in Deutschland und Polen gehörten zu den heftigsten Anklagepunkten.

Die Liberalen, deren Parteivorsitzender Jan Björklund auch Bildungsminister ist, machten die **Bildungspolitik** zu ihrem Hauptthema. Die starke Betonung auf Noten schon in den ersten Schuljahren und auf Ordnung und Disziplin in den Klassenräumen rief Kritik von Seiten der rot-grünen Parteien und von einigen Pädagogikexperten hervor, scheint aber bei vielen Wählern hoch im Kurs zu stehen. Die rot-grünen Parteien handelten ihrerseits kürzlich einen Kompromiss zur Bildungspolitik aus. Sie einigten sich auf Schulnoten ab dem siebten Schuljahr und zusätzliche Mittel für mehr Lehrerstellen.

Die **Gleichstellung der Geschlechter** ist in Schweden ein wichtiges Thema. Die Teilnahme der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und eine qualitativ hochwertige

öffentliche Kinderbetreuung haben eine lange Tradition. Zu den Wahlkampfthemen gehören auch Fragen wie Elternzeit, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und die Qualität der Kinderbetreuung.

Nach der gegenwärtigen Gesetzgebung Schwedens haben die Eltern das Recht auf 390 Tage bezahlte Elternzeit. Sie bekommen 80 Prozent ihres letzten Gehalts bis zu einem Höchstbetrag von etwa 25 000 Kronen (ca. 2.650 Euro) pro Monat. Meistens sind es jedoch nach wie vor die Frauen, die von der Elternzeit Gebrauch machen. Eine Frage im Wahlkampf dreht sich darum, ob einige Monate der bezahlten Freistellung von der Arbeit dem Vater vorbehalten werden sollten. Das würde die Geschlechtergleichstellung fördern, sagen die Befürworter dieses Änderungsvorschlags. Es bestehen immer noch signifikante Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern und eine gleichmäßigere Aufteilung der Elternzeit wird als ein Weg gesehen, dieses Muster zu verändern.

Die Linkspartei befürwortet eine 50-50-Aufteilung der Elternzeit zwischen Mutter und Vater, während die Sozialdemokraten vorsichtiger sind und zunächst einige Monate für jedes Elternteil vorschreiben wollen und ihnen dann erlauben, den Rest der Elternzeit selbst zu gestalten. Daher haben die rot-grünen Parteien keine gemeinsame Entscheidung bezüglich der Elternzeit getroffen. Die Mitte-Rechts-Parteien sprechen sich gegen eine erzwungene Aufteilung aus, weil diese die Entscheidungsfreiheit der Eltern einschränke.

Eine weitere Streitfrage sind die Unterstützungsgelder der Regierung für Eltern, die ihre Kinder zuhause betreuen, statt sie in die öffentlichen Betreuungseinrichtungen zu geben, ein Sieg für die Christdemokraten mit ihren »Familienwerten«. Die Oppositionsparteien halten dagegen, dass diese Unterstützungsleistungen die Frauen dazu zwingen, ihre Arbeitsplätze aufzugeben.

Über die Notwendigkeit öffentlich finanzierter Einrichtungen für die Kinderbetreuung sind sich alle Parteien einig. Allerdings gibt es Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf private Unternehmen, die in diesem Bereich Gewinne machen, wogegen sich vor allem die Linkspartei ausspricht. Die rot-grünen Parteien befürworten eine Mittelerhöhung für Kinderbetreuungseinrichtungen, um den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Die Liberalen legen mehr Wert darauf, dass die Kinder schon im Vorschulalter Sprachen und Mathematik lernen sollten.

Die ungleichen Löhne und die Frage, wie mehr Frauen in Unternehmensvorstände zu bringen sind, sind zwei weitere Themen in der Debatte um die Geschlechtergleichstellung. Die von der ehemaligen Vorsitzenden der Linkspartei Gudrun Schyman gegründete Partei Feministische Initiative (Feministiskt Initiativ) wird wahrscheinlich nicht genug Wählerstimmen bekommen, um ins Parlament einzuziehen, könnte aber der rot-grünen Alternative einige Stimmen stehlen.

Die **Zuwanderung** nach Schweden war in den letzten Jahren hoch. Schweden ist im starken Gegensatz zu seinen Nachbarn Dänemark und Finnland eines der EU-Länder, die im Verhältnis zu ihren Bevölkerungszahlen die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Angesichts des demographischen Wandels bietet die Immigration Vorteile für die Volkswirtschaft. Beispielsweise werden viele wichtige Aufgaben im Gesundheitswesen und im öffentlichen Verkehr von Immigranten ausgeführt. Es gibt jedoch auch Probleme mit der langsamen Integration vieler Immigranten in den Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsrate bei Menschen, die aus außereuropäischen Ländern kommen, ist erheblich niedriger als bei Menschen, die in Schweden oder anderen EU-Ländern geboren wurden. Die Schulen in armen Gegenden mit einem hohen Immigrantenanteil schneiden den Ergebnissen nach schlechter ab. Die Diskriminierung von Menschen ausländischer Herkunft ist nichts Ungewöhnliches. Während seiner Zeit als Ministerpräsident erklärte Göran Persson, dass die höhere Einbeziehung von Immigranten in den Arbeitsmarkt eine der beiden wichtigsten politischen Aufgaben sei. Im Wahlkampf 2006 war die Integration von Immigranten ein bedeutendes Thema für die Mitte-Rechts-Parteien, insbesondere für die Liberalen.

Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren nicht sehr verändert. Noch immer bestehen große Unterschiede zwischen den Arbeitslosenraten bei Immigranten und gebürtigen Schweden. Dennoch sind Einwanderungspolitik und Integration Themen, die im Wahlkampf 2010 keine Parlamentspartei besonders herausstellen möchte. Alle haben Angst davor, dass eine solche Debatte sich zugunsten der Anti-Zuwanderungspartei, den Schwedendemokraten, auswirken könnte. Die Liberalen machten jedoch einige Aussagen zu einem Verbot der Niqab (Verschleierung) in öffentlichen Schulen und zum Gebrauch der schwedischen Sprache. Damit ernteten sie von den anderen Parteien den Vorwurf, im Trüben nach Wählerstimmen von Menschen zu fischen, die der Immigration skeptisch gegenüber-

stehen. Was die rot-grünen Parteien angeht, war das Thema Einwanderung eines der schwierigsten bei der Formulierung einer gemeinsamen Plattform. Die Grünen und die Linkspartei forderten eine Amnestie für Asylsuchende, deren Antrag von den Behörden abgelehnt wurde und die nun versteckt leben, um der Ausweisung aus Schweden zu entgehen. Am Ende konnten sich auch beim Thema Zuwanderung die rot-grünen Parteien vor den Wahlen einigen.

Auch zum **Wohnungsbau** gibt es unterschiedliche Ansichten. Als die Mitte-Rechts-Regierung 2006 an die Macht kam, wurden die Subventionen für den Bau neuer Wohnungen sofort gestrichen. Der Wohnungsbau nahm daraufhin drastisch ab, was durch die Finanzkrise noch verstärkt wurde. Viele junge Leute finden es schwierig, eine Unterkunft zu finden, insbesondere in Großstädten. Im Wahlkampf von 2010 versprechen die rot-grünen Parteien eine Reihe von Maßnahmen, um die Zahl der Neubauten zu erhöhen. Die Regierung konzentriert sich eher auf Steuerfragen. Die Vermögenssteuer wurde abgeschafft, weshalb Menschen mit teuren Häusern in attraktiven Wohngebieten nun weniger Steuern zu zahlen haben. Die rot-grünen Parteien wollen die Vermögenssteuer wieder einführen und werden dafür von der Mitte-Rechts-Koalition heftig angegriffen.

Im Gegensatz zu 2006 ist das **Krisenmanagement** kein Wahlkampfthema. Damals hatte die langsame Reaktion auf die Tsunami-Katastrophe von 2004 im Indischen Ozean, bei der über 500 Schweden ums Leben kamen, zum Vertrauensverlust in Göran Perssons Regierung beigetragen. Dieses Mal haben weder der Umgang mit der Schweinegrippe noch spektakuläre Verbrechen zu einer ähnlichen Debatte geführt. **Verbrechensbekämpfung** ist ein Bereich, in dem die Konservativen und die Liberalen hohes Ansehen genießen, insbesondere wenn es um mehr Polizei und weniger Toleranz gegenüber Jugendkriminalität geht. Hier versuchen die rot-grünen Parteien eher eine Verbindung zu gestiegener Ungleichheit herzustellen.

Fragen in Bezug auf den **Datenschutz im Internet** und das kostenlose Downloaden von Musik spielten eine wichtige Rolle bei den Wahlen zum EU-Parlament 2009 und verschafften der seinerzeit neu gegründeten Piratenpartei (Piratpartiet) einen Sitz im Straßburger Parlament. Im diesjährigen Wahlkampf in Schweden ist es der Piratenpartei nicht gelungen, ihre Themen auf

die Tagesordnung zu bringen, und sie wird wohl kaum ins Parlament einziehen.

## Außenpolitik zwischen nationalen Interessen & internationalem Engagement

### Europapolitik

In Schweden hat die Befürwortung der EU-Mitgliedschaft in den vergangenen Jahren zugenommen, obwohl sie immer noch niedriger ist als in vielen anderen Mitgliedsstaaten. Alle Parteien der gegenwärtigen Regierung stehen der Europäischen Union positiv gegenüber, wohingegen die rot-grüne Opposition gespalten ist. Die Linkspartei vertritt formal nach wie vor die Haltung, dass Schweden aus der EU austreten sollte, auch wenn dies keine Forderung ist, die der Parteivorstand aktiv verfolgt. Als früherer unnachgiebiger Gegner des Vertrags von Lissabon hat die Partei jetzt akzeptiert, dass der Vertrag ratifiziert wurde, und ihre frühere Forderung nach einem Volksentscheid fallengelassen. Prinzipiell sind auch die Grünen gegen die EU, haben sich aber an politischen Initiativen im Umwelt- und in anderen Bereichen weitgehend beteiligt. Die Sozialdemokraten sind für eine aktive Europapolitik. In den ersten zwölf Jahren der Mitgliedschaft waren es ihre Minister, die Schweden bei Konferenzen der Europäischen Union vertraten, einschließlich einer erfolgreichen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2001.

Die Mitte-Rechts-Regierung war vor allem im Finanzkrisenmanagement und in der gemeinsamen Außenpolitik aktiv. Carl Bildt gilt als einer der einflussreichsten Außenminister im Europäischen Rat. Die Außenpolitik war auch ein Bereich, in dem die schwedische EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2009 von Beobachtern gut benotet wurde.

Die jetzige Regierung hat Schwedens früheres Bekenntnis zur EU-Erweiterung, einschließlich der Türkei, fortgesetzt. Insbesondere ist Schweden an der Entwicklung der Ostseeregion interessiert, was auch das Thema einer neuen Strategie während der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft war. In anderen Bereichen wie soziale Absicherung und Arbeitszeitregulierungen war die Regierung nicht so aktiv und vermittelte den Eindruck, dass sie aus ideologischen Gründen nicht sehr erpicht auf eine Regulierung des Marktes sei. Eines der umstrittenen Themen war die EU-Bestimmung zur Entsendung von Arbeitern, die sowohl die rot-grünen

Parteien als auch die Gewerkschaften in Folge des Laval-Falles ändern wollen. Die Regierung war nicht willens, eine solche Initiative zu ergreifen.

Das Nichtzustandekommen eines Klimaschutzabkommens in Kopenhagen war ein Rückschlag für die Ratspräsidentschaft, und Schweden hat etwas von seinem früheren Profil als grüner Vorreiter in der EU eingebüßt. Der Handel und die Entwicklung auf dem europäischen Binnenmarkt haben für die Mitte-Rechts-Parteien höhere Priorität.

Die schwedischen Erfahrungen mit der Finanzkrise in den 1990er Jahren waren für die Diskussionen unter den EU-Finanzministern im ECOFIN-Rat sehr wertvoll, aber als Nicht-Euro-Land konnte Schweden nicht an den entscheidenden Treffen der Euro-Gruppe teilnehmen.

Konservative und Sozialdemokraten sind für eine auf den Mitgliedsstaaten aufbauende Europäische Union. Nur die Liberalen treten für ein föderalistisches Modell ein. Schwedens derzeitige EU-Kommissarin Cecilia Malmström gehört den Liberalen an. Zu ihrem Ressort gehören Themen wie Polizei, Migration und Terrorismusbekämpfung.

Deutschland ist sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein wichtiges Land für Schweden. Die Regierung und die Sozialdemokraten legen Wert auf enge Beziehungen zu ihren deutschen Pendanten. Das Verhältnis zwischen den grünen Parteien beider Länder ist aufgrund ihrer unterschiedlichen Standpunkte zur europäischen Integration etwas komplizierter.

### Außenpolitik

Die Mitte-Rechts-Regierung misst Schwedens Rolle in der EU einen hohen Stellenwert bei und ist eher um eine Koordination mit den EU-Partnern bemüht, statt starke eigene Positionen zu vertreten, wie das früher bei Olof Palme und Anna Lindh der Fall war. Die Opposition kritisiert die Regierung, weil sie sich nicht ausreichend für Abrüstung und Menschenrechte einsetzt – Bereiche, in denen Schweden eine wichtige Rolle spielte.

Außenminister Carl Bildt verweist seinerseits auf seinen Einfluss hinter den Kulissen zu Themen wie Iran, Afghanistan und den Mittleren Osten. In den schwedischen Medien wird er häufig als einflussreicher interna-

tionaler Akteur porträtiert, der aber ohne Abstimmung mit der Gesamregierung sein eigenes Programm durchzieht. Das öffentliche Vertrauen in Bildt ist trotz heftiger Angriffe seitens der Opposition für seine vorhergehende Beteiligung an der Ölgewinnung im Sudan und russischen Gasunternehmen relativ hoch. Es ist nicht klar, wie die Außenpolitik der Mitte-Rechts-Koalition aussehen würde, wenn Carl Bildt die Regierung verlassen würde. Bildt hat eine kritischere Haltung gegenüber Israel als die meisten Mitte-Rechts-Politiker. Er hat sich auch immer für eine Weiterführung der Gespräche mit dem Iran in der Atomfrage eingesetzt.

Die traditionelle schwedische Außenpolitik als blockfreies Land hat sich durch die EU-Mitgliedschaft verändert. Schweden ist nun Teil eines politischen Bündnisses mit militärischer Komponente. Aber genauso wie das benachbarte Finnland ist Schweden nach wie vor kein Mitglied der NATO.

Liberalen und Konservativen sind für die NATO-Mitgliedschaft Schwedens, aber nur die Liberalen haben sich dies zum Ziel für die nächste Legislaturperiode gesetzt. Der Vorsitzende der Moderaten Partei Fredrik Reinfeldt hat zwei Bedingungen für den schwedischen Beitritt zur NATO aufgestellt: eine breite Zustimmung im Inland, einschließlich der von den Sozialdemokraten, und eine enge Abstimmung mit Finnland. Mona Sahlin äußerte dazu, dass die Sozialdemokraten die NATO-Mitgliedschaft nicht wollten, und forderte die Mitte-Rechts-Allianz auf, sich für den Fall, dass sie die Wahlen von 2010 gewinnen sollten, deutlich zu ihrer NATO-Politik zu äußern.

Auch in einer anderen Hinsicht ist die Beziehung zur NATO umstritten. Die NATO einigte sich kürzlich auf konkretere Verteidigungspläne für die baltischen Staaten. Aus militärstrategischen Gründen ist die Verteidigung von Ländern wie Lettland viel einfacher, wenn dies von schwedischem Territorium aus passiert. Die Opposition fragte die Regierung, ob Schweden in irgendeiner Art und Weise an der NATO-Verteidigungsplanung für die baltischen Staaten beteiligt sei und ob die Konservativen wie die Liberalen dafür seien, dass schwedische Jets den Luftraum über den baltischen Staaten patrouillieren. Carl Bildts antwortete darauf mit der Erklärung, dass Verteidigungsplanung kein für die öffentliche Diskussion geeignetes Thema sei.

Die Oppositionsparteien werfen der Regierung auch vor, dass die traditionell enge Bindung mit Entwicklungsländern für sie keine Priorität mehr habe. Mit Zahlungen in Höhe von 1,1 Prozent des BIP im Jahr 2009 ist Schweden immer noch eins der Länder mit der höchsten Rate bei der öffentlichen Entwicklungshilfe. Die Regierung wurde jedoch dafür kritisiert, mit diesen Geldern andere Verpflichtungen wie Maßnahmen zur Klimaanpassung und Botschaften finanziert zu haben. Die Mitte-Rechts-Parteien vertreten unterschiedliche Ansichten zur Entwicklungszusammenarbeit, aber bis jetzt konnten die Liberalen und Christdemokraten das Ziel durchsetzen, dass mindestens ein Prozent des BIP in die Entwicklungszusammenarbeit fließen, obwohl die Konservativen hier eine Reduzierung der Mittel anstreben.

Die Außenpolitik war in früheren Jahren der Grund, warum die Sozialdemokraten die Linkspartei nicht an der Regierung beteiligen wollten, aber inzwischen haben die rot-grünen Parteien in den meisten Fragen Einigkeit erzielt. Meinungsunterschiede bestanden lange Zeit in Bezug auf Afghanistan, da die Linkspartei hier einen schnellen Rückzug schwedischer Truppen fordert. Erst sehr spät im Wahlkampf konnten sich die rot-grünen Parteien auf einen Abzugsplan schwedischer Truppen aus Afghanistan unter dem Vorbehalt, dass die Situation vor Ort es erlaubt, einigen.

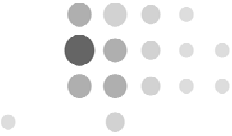
Im Wahlkampf wird die Außenpolitik wohl kaum ein wichtige Rolle spielen, aber Streitfragen zur NATO, zu Afghanistan und zur Größe der Verteidigungskräfte werden in einigen Debatten zur Sprache kommen.

## Ausblick: Szenarien für die unmittelbare Zukunft

Bei den Parlamentswahlen 2010 kämpfen zwei unterschiedliche politische Bündnisse um die Macht. Entweder gewinnt die Rot-Rot-Grüne oder die Mitte-Rechts-Allianz eine Mehrheit an Parlamentssitzen und bildet dann eine Regierungskoalition. Zwar müssen noch Koalitionsverhandlungen um die Verteilung der Kabinettsposten und um politische Themen, die noch nicht in den gemeinsamem Wahlprogrammen geregelt wurden, geführt werden, doch niemand rechnet mit einem Scheitern dieser Verhandlungen. Wenige Wochen nach den Wahlen wird der neue Haushalt präsentiert und Anfang Oktober die neue Regierung vereidigt.

Doch die Probleme werden zu einem späteren Zeitpunkt auftreten. Sollte Frederik Reinfeldt an der Macht bleiben, werden die Moderaten wahrscheinlich den politischen Entscheidungsprozess noch stärker dominieren, da laut Umfragen die kleineren Mitte-Rechts-Parteien weniger Sitze als noch 2006 erringen werden. Dies wird zu schärferen Konflikten in der »Allianz für Schweden« führen. Auch besteht unter den Mitte-Rechts-Parteien keine Einigkeit über fundamentale Themen wie die NATO-Mitgliedschaft und den Euro. Sollte Mona Sahlin Premierministerin werden, müssten Linkspartei und Grüne erstmalig die gemeinsame Regierungsverantwortung auch für kontroverse Entscheidungen wie dem Kampf gegen Terrorismus und der Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten übernehmen. Auch wenn sich Rot-Rot-Grün hinsichtlich Afghanistan grundsätzlich geeinigt hat, bleiben genügend Konflikte über die Frage nach der Schnelligkeit des Truppenabzugs oder Schwedens Position zu anderen internationalen Themen, wie z.B. Iran.

Sollten die Schwedendemokraten in das Parlament einziehen und keines der beiden Bündnisse eine Mehrheit gewinnen, sieht die Situation wieder ganz anders aus. Beide Spitzenkandidaten haben eine Zusammenarbeit mit der Anti-Immigrationspartei ausgeschlossen, doch Reinfeldt scheint solange im Amt bleiben zu wollen, wie es keine parlamentarische Mehrheit gegen seine Regierung gibt. Laut der schwedischen Verfassung benötigt der Premierminister keine parlamentarische Mehrheit. Es reicht, wenn keine Mehrheit gegen den regierungsbildenden Premierminister gebildet wird. Fredrik Reinfeldt könnte also versucht sein, an der Macht zu bleiben, und hoffen, dass das Rot-Rot-Grüne-Bündnis nicht zusammen mit den Schwedendemokraten gegen ihn stimmt. Einige Artikel der dem Mitte-Rechts-Bündnis zugewandten Presse argumentieren bereits, dass die Sozialdemokraten in einer solchen Situation nicht gegen Reinfeldt stimmen sollten, falls das Mitte-Rechts-Bündnis stärker sein sollte als Rot-Rot-Grün. Reinfeldt könnte auch, was er allerdings bisher ausschließt, Verabredungen mit den Schwedendemokraten treffen, wie dies die Moderaten bereits 1991 bis 1994 mit der Partei »Neue Demokratie« gemacht hatten. Mona Sahlin fordert dagegen, dass die Wahlallianz mit den meisten Sitzen versuchen sollte, eine Mehrheitsregierung zu bilden und Unterstützung in jeglicher Form durch die Schwedendemokraten ausgeschlossen werden sollte.

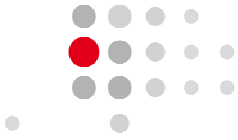


Daher wäre es auch möglich, dass Reinfeldt versuchen könnte, die Grünen für eine Unterstützung seiner Regierung zu gewinnen und dafür eine grünere Politik in Umweltfragen und anderen Politikbereichen einschlagen könnte. Allerdings erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass die Grünen sich auf eine reine Unterstützerrolle beschränken würden, da sie endlich Regierungsverantwortung übernehmen wollten. Selbst wenn eine solche Regierungskoalition geschmiedet würde, wäre diese Fünf-Parteien-Regierung nur schwer zusammenzuhalten, da große Differenzen zwischen den Liberalen und den Grünen bei der Energiepolitik und zwischen Moderaten und Grünen bei Migrationsthemen bestehen.

Sollte Rot-Rot-Grün mehr Sitze als Mitte-Rechts jedoch keine Mehrheit erhalten, hat Mona Sahlin angekündigt, dass sie versuchen wird, eine der kleineren Mitte-Rechts-Parteien einzubinden. Doch wird es für keine dieser kleineren Parteien einfach, die Seite zu wechseln, da diese sehr wahrscheinlich bei den 2010 Wahlen weniger Stimmen als im Jahr 2006 bekommen werden.

Einige wenige Stimmen in der schwedischen Debatte haben vorgeschlagen, dass im Fall unzureichender Mehrheiten der beiden Blöcke, eine »Große Koalition« zwischen Sozialdemokraten und Moderaten nach Vorbild Deutschlands oder Österreichs gebildet werden sollte. Doch viele denken, dass aufgrund der historischen Konflikte zwischen diesen beiden Parteien eine solche Koalition in Schweden, zumindest zur Zeit, eher unwahrscheinlich ist.

Seit 1958 gab es in Schweden keine vorgezogenen Neuwahlen. Ein Grund dafür ist, dass in Schweden, im Gegensatz zu anderen Ländern, vorgezogene Neuwahlen nicht die planmäßigen Wahlen ersetzen. Auch bei instabilen Regierungen (zum Beispiel 1976-1982) war der Zeitraum bis zu den nächsten regelmäßigen Wahlen oftmals zu kurz, als dass sich Neuwahlen gelohnt hätten. Doch sollte am 19. September keines der beiden politischen Lager eine eigene Mehrheit gewinnen und es auch nicht möglich sein, über die Blöcke hinweg eine stabile Regierungsmehrheit zu bilden, könnten vorgezogene Neuwahlen dieses Mal eine Möglichkeit sein. Ansonsten sind die nächsten regelmäßigen Wahlen für September 2014 angesetzt.



### Über den Autor

**Mats Engström** ist schwedischer Journalist und Schriftsteller. Er wirkte zuvor als Berater für die sozialdemokratischen Regierungen und schrieb Leitartikel für die Tageszeitung *Aftonbladet*.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)